

Nikolaus Blome

# **Der kleine Wählerhasser**

WAS POLITIKER WIRKLICH ÜBER  
DIE BÜRGER DENKEN

Pantheon

*Für Karola und  
Julius, Titus, Kiara*

# Inhaltsverzeichnis

Widmung

Einleitung: Blöd, beschränkt und undankbar?

»Die Menschen draußen im Land«

»Der Wähler is a Sau«

»Vox populi, vox Rindvieh«

»Renten kürzen ist politischer Selbstmord«

»Die Leute wollen solche Bilder«

»Die Leute interessieren sich doch gar nicht für Politik«

»Wegen Schulden hat noch keiner die Wahl verloren«

»Das verstehen die Leute eh nicht«

»Ein Drittel Irre ist immer dabei«

»Die Deutschen wollen keine Reformen«

»Alles Schlawiner und Schnäppchenjäger?«

»Das kann man nicht laut sagen«

»Der Schoß ist fruchtbar noch«

»Die Leute wissen nicht, was sie wollen«

»Wähler sind wie Kinder«

»Die Menschen wollen keinen Streit«

»Der Wähler wird immer unberechenbarer«

»So kenne ich die Deutschen gar nicht«

Schluss: Wer sagt's dem Wähler?

Nachwort und Dank

Copyright

# **Einleitung: Blöd, beschränkt und undankbar?**

Was die Politiker von den Wählern denken, prägt die Politik, die sie für die Wähler machen, und zwar viel stärker als die Persönlichkeit des Einzelnen oder das Programm seiner Partei. Zugegeben, irgendwie ahnte man das: Was jene, die den Vorteil aller Deutschen mehren sollen, von eben diesen Deutschen denken, ist nicht immer vorteilhaft. Aber darüber ließe sich ja reden: Was dem Volk nicht schmeichelt, muss nicht automatisch falsch sein. Damit ließe sich auch leben, wäre dieses Bild vom Bürger ein regelmäßig reflektiertes oder offen diskutiertes. Ist es aber nicht. Denn die allermeisten Spitzenpolitiker halten ihre Vorstellung vom Wähler vorm Wähler geheim. Für ihr Bild von der »schweigenden Mehrheit« gilt: Immer daran denken, niemals davon reden. Und weil sie nicht darüber reden, bleibt dieses Bild wie ein blinder Spiegel, wie ein Spiegel der Blinden. Das nährt die Politikverdrossenheit der Bürger (bekannt), aber eben auch die Bürgerverdrossenheit der Politiker (kaum bekannt): Die einen überlegen, ob sie überhaupt noch wählen wollen, und die anderen, warum sie überhaupt noch reden sollen. Frust ist überall. Er beruht auf Gegenseitigkeit. Das ist gefährlich.

Daran ändern auch viele Wahlen offenkundig nichts, weder im »Superwahljahr« 2009 noch im »Superwahljahr« 2011 mit weiteren sieben Landtags- und vier Kommunalwahlen. Dabei gelten Wahlkampfzeiten immer noch als die Momente größtmöglicher Nähe von Wählern und Gewählten. Wer nun sarkastisch schlussfolgert, dass ihrer beider Verhältnis umso mehr zerrüttet, je häufiger sich Bürger und Politiker nahe kommen, der muss erkennen: Auch ein weitgehend wahlfreies Jahr wie 2010 hat den

Graben nicht schrumpfen lassen. Überraschend, potenziell geradezu belebend, kam Ende 2009 zwar eine »kleine« Koalition ins Amt, was viele bei fünf Parteien im Bundestag nicht mehr zu hoffen gewagt hatten. Aber schon nach acht Monaten hatte die schwarz-gelbe Regierung ihre Mehrheit im Bundesrat eingebüßt, ohne sie zuvor in spürbarer Form genutzt zu haben. Keine der Wahlen 2011 kann daran etwas ändern. Stolperstart, Ernüchterung, mürrische Verdrossenheit – die Bürger sind es gründlich leid und lassen es die etablierten Parteien immer häufiger auch in kurzzeitig organisierter Form wissen, zum Beispiel beim Volksentscheid gegen die schwarz-grüne Schulpolitik in Hamburg oder beim bunt gescheckten Protest gegen das Bahnhofsgroßprojekt »Stuttgart 21« – wo Volk und Volksvertreter sogar eine regelrechte »Schlichtung« eingingen. Wutbürger war das Wort des Jahres 2010.

Dieser mehltauartige Frust bleibt auch von der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit weitgehend unberührt. Im Angesicht von taumelnden Banken und Staaten, von Märkten, die durchgehen wie Rinderherden bei Gewitter, ist Politik irgendwie zwar wieder »in«. Aber Politiker bleiben weiterhin »out«. Wie alle Umfragen zeigen, verstehen die Wähler ihre Politiker immer weniger, halten sie für unfähig, für ebenso ziel- wie zügellos. Immer öfter lehnen gut organisierte Gruppen zudem die eingebütteten Verfahren der repräsentativen Demokratie ab, mit der Deutschland in den letzten Jahrzehnten so gut gefahren ist. Und viele applaudieren sogar, wenn ein Bundespräsident die Brocken hinschmeißt – und ziemlich deutlich die ach so garstige Medien-und Parteienkritik an seiner ungelenken Amtsführung dafür verantwortlich macht.

Kein Wunder, dass die Politiker reagieren: Sie ziehen sich trotzig in ihre Berliner und Brüsseler Wagenburgen zurück. Sie nennen, was um sie herum ist, in unbedachten Momenten den »vorpolitischen Raum«, so wie man früher »Wildnis« nannte, was sich von der Stadtmauer bis zum

Horizont erstreckte. Und auf Horst Köhler folgte Christian Wulff, eben weil er ein jung gebliebener Profi ist und kein zart besaiteter Quereinsteiger.

Mitten im furiosen Wiederaufstieg aus dem wirtschaftlichen Krisentief ist die vorläufige Diagnose also niederschmetternd: beschädigtes Vertrauen, gestörte Verbindung, kein Anschluss unter dieser Nummer. Selbst zur Bundestagswahl gingen so wenige Wähler wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg; drei von zehn Bürgern blieben daheim.

Was frustrierte Wähler (und Publizisten) über ihre Politiker denken und warum, weiß fast jeder. Ungezählt die Bücher, die sich – gern auch ziemlich billig – an dieser »Politik ohne Volk« abarbeiten. Was weitgehend fehlt, ist die Gegenfrage: Was denken die Gewählten von ihren Wählern? Stimmt es, dass immer mehr Politiker längst meinen, die große Mehrheit der Wähler in Deutschland sei ungerecht und ungebildet, denkfaul oder schlichtweg undankbar? Viel mehr als die Politikverdrossenheit der Bürger prägt diese Bürgerverdrossenheit der Politiker die deutsche Politik, ihre Ziele ebenso wie die Art, sie zu verfolgen: Entweder wird Politik gemacht für Deutsche, die es *so nicht gibt*, oder für Deutsche, die es besser *so nicht gäbe*. Entweder geht die Politik selber in die Irre, oder sie nimmt als gottgegeben hin, dass die Bürger irren, und lässt sie damit davonkommen.

Gleichwohl ist dies ist kein Buch *gegen* Politiker, sondern eines *über* Politiker. Das ist ein Unterschied – und zwar immer dann, wenn die Politiker zu Recht, zumindest aber mit guten Gründen am Wähler und seiner kollektiven Vernunft zweifeln. Und von diesen Momenten gibt es einige, warten Sie nur ab.

Zwei Beispiele vorweg. Erstens: Aus Angst vor der Wut der Rentner erhöhte die Regierung 2008 willfährig die gesetzlichen Altersbezüge und garantierte 2009 sogar, dass die Rente, Krise hin oder her, in Zukunft nie mehr sinken werde. Diese Garantie griff zum ersten Mal im Jahr 2010 und

würde auch 2011 die Renten vom Absinken der realen Durchschnittslöhne abkoppeln. Mit diesem Manöver trennte sich die Regierung endgültig von der seit 1957 geltenden Rentenformel, vom letzten Generationenvertrag für nachhaltige Politik in Deutschland - und das aufgrund eines Zerrbilds. Denn in Wahrheit sind viele Rentner zum tagtäglichen Verzicht für die Jüngeren bereit. Gerade in der Krise teilten sie die Sorgen und Fragen der Jüngeren, und in Umfragen hält die Hälfte der Deutschen die Rentengarantie für ungerecht, auch diejenigen in den oberen Altersegmenten. Kurzum: Erst werden »die Rentner« falsch eingeschätzt, und daraus abgeleitet wird dann falsche Politik für alle gemacht.

Zweites Beispiel: Weil sich die Deutschen nachweislich immer weniger für Tagespolitik interessieren und immer weniger davon verstehen, machen sich auch immer weniger Politiker die Mühe, ihre Politik in der Sache zu erklären. Beileibe nicht nur niederschmetternd blutarme Wahlkämpfe führen das vor; bezeichnend ist auch der Bürgerprotest gegen »Stuttgart 21«: Mehr als ein Jahrzehnt, während aller Beschlüsse und Planungen, blieb er vergleichsweise überschaubar. Zum Massensturm kam es erst, als Bagger und Baumsägen tatsächlich zu Werke gingen, derweil die regierenden Politiker dachten, sie hätten die schlafenden Bürger mit Erklärungen längst genug gelangweilt.

In der Regel richten sich Politiker aller Parteien nämlich mit dem Desinteresse der Bürger ein, lassen den Deutschen ihre billig-bequeme, europaweit unerreichte Politikverdrossenheit einfach durchgehen. Denn: Abgesehen davon, dass sie ein, zwei Tage Krokodilstränen wegen der niedrigen Wahlbeteiligung vergießen, bleibt ihre Arbeit ja unbehelligt. Die Logik darin ist (leider) bestechend: Die Deutschen trauen den Politikern immer weniger zu, erwarten von ihnen aber die Lösung immer größerer Probleme. Deshalb muss ja in jedem Fall regiert werden, ganz gleich, wie viele Bürger zur Wahl gingen. Mit so

wenigen Stimmen wie seit 1949 nicht reichte es für CDU/CSU und FDP zu ihrer schwarz-gelben Wunschkkoalition. Und sie hatten dabei mit Recht so gut wie keine Skrupel wegen der niedrigen Wahlbeteiligung. Mehrheit ist Mehrheit. Nämlich die der Sitze im Parlament.

Es ist an der Zeit, dieser Denke auf den Grund zu gehen. In den Menschenbildern der offiziellen Parteiprogramme spiegelt sie sich kaum wider. Wenn die SPD darin um Begriffe wie Emanzipation und Teilhabe kreist oder die CDU von christlich-konservativen Werten spricht, dann sagt das einiges über den eigenen Markenkern – und fast nichts über die eigenen Vorstellungen von der real existierenden Wählerschaft im Land. Wie findige Verkäufer aber denken Politiker dieser Republik unablässig über »die Menschen draußen im Land« nach, über König Kunde eben: Warum sagt er auf ein und dieselbe Frage mal ja und dann wieder nein? Kann er nicht verstehen, wie Politik funktioniert, oder will er nicht? Ist der Wähler einfach blöd, beschränkt und undankbar? Verunsichert, im Herzen reformfeige und zur Freiheit nicht fähig? Ist er wirklich verführbar und himmelschreiend naiv? Oder ist das Volk, wie es immer neu in Gruppen und Grüppchen zerfällt, einfach nur »der große Lümmel«?

Die wichtigste Frau der deutschen Politik jedenfalls, Angela Merkel, hat in den letzten zehn Jahren ihr Bild vom Wähler befeilt, nachjustiert, neu gefasst und kann sich trotz vieler Umfragtiesfs gute Chancen ausrechnen, über 2013 hinaus Kanzlerin zu sein. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob Kanzlerin, Kabinett und all' die übrigen maßgeblichen Politiker sich ihren Eindruck vom Bürger aus den Medien und der Demoskopie zusammensetzen, also aus zweiter Hand, oder ob sie dies überwiegend aus eigener Anschauung, Kontakten und Erfahrungen tun. Es mag offen bleiben, welcher der beiden Wege »objektiver« zu nennen wäre, falls es überhaupt so etwas wie Objektivität geben kann, wenn die wenigen Gewählten ihre circa 60 Millionen Wähler in den

Blick nehmen. Am Ende entsteht, so oder so, ein Bild, das gegen kurzfristige Stimmungsschwünge in der Bevölkerung weitgehend resistent ist, das sich von Partei zu Partei erstaunlich wenig unterscheidet – aber nie, nie öffentlich verhandelt wird.

Dieses Buch bezieht sich auf Bundespolitiker der etablierten Parteien. Vertreter von Regierungs- und »Volksparteien« spielen dabei naturgemäß eine größere Rolle, weil sie wegen dieses Anspruchs vermutlich (noch) mehr als die Grünen oder Vertreter der Linkspartei über die Deutschen insgesamt nachdenken, nachdenken müssen. Hier versammelt sind Szenen und Gespräche, die sich im Laufe mehrerer Jahre zugetragen haben. Bei ganz vielen Begegnungen mit Politikern unterschiedlicher Parteien war und ist massive Bürgerverdrossenheit zu spüren. Das Phänomen ist weit verbreitet. Umso erstaunlicher, dass darüber meines Wissens nach nie eine zusammenhängende Darstellung erschienen ist.

Nur in der Kölner »Stunksitzung« durfte das Publikum schon einmal tief in ein Politikerherz blicken: In den Jahren 2005 und 2006 trat der Kabarettist Bruno Schmitz mit einer ebenso kurzen wie umjubelten Nummer auf und ließ den – frei erfundenen – SPD-Politiker Peter Holzmeier reden, fluchen, schwadronieren. Kostprobe: »Und wenn ich das schon höre: Wir sind das Volk! Wir sind das Volk! Da krieg ich die Krätze. Ja klar seid ihr das Volk. Aber wir sind die Regierung! Und wir hätten auch lieber ein Volk, das nicht so brunzdumm ist. Was war das erfolgreichste deutsche Buch der letzten Jahre? Die Biographie von Dieter Bohlen. Was war die erfolgreichste deutsche Platte? Die letzte von Dieter Bohlen. Und wer war in der Pisa-Studie hinter Bangladesch? Ihr. Ihr seid einfach doof wie 100 Hektar Mischwald. Ich bin hochausgebildet. Ich hab studiert. Und nur weil ihr mich drei Minuten wählt, soll ich mich von euch dafür vier Jahre anpisser lassen?«

Frei erfunden, gewiss. Aber gar nicht weit weg von der Wirklichkeit.

Was diese Wirklichkeit verändern könnte, ist paradoixerweise die schwerste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren und wie Deutschland sie bis heute mit Bravour meistert. Die erschrockenen Bürger sollte es lehren, dass in Regierung und Parlament nicht nur selbstsüchtige Flachpfeifen umhertaumeln, sondern ernstzunehmende Sachwalter ihrer Interessen. Und die Politiker sollten viel mehr als bislang zur Kenntnis nehmen, dass sich die Deutschen seit Beginn dieses beispiellosen Wirtschaftseinbruchs so ganz und gar anders verhalten, als alle Parteien (und viele Medien) vorhergesagt haben. Monat um Monat wartete nicht nur die Linkspartei auf extreme Ausschläge von Volkes Stimmung vor allem in den Umfragen. Doch sie blieben aus, selbst dann noch, als nicht mehr nur die Banken ins Wanken gerieten, sondern ganze Staaten.

Die Deutschen wollen partout nicht wüten, sie wollen auch nicht panisch, hysterisch oder besonders larmoyant sein. Die Deutschen behalten bislang kühlen Kopf. Ein Rekordaufschwung, der mindestens bis ins Jahr 2011 tragen wird, ist ihr Lohn, weshalb man aus Politikermund inzwischen immer häufiger auch diesen Satz hören kann: »So kenne ich die Deutschen gar nicht.«

Soll heißen: Dieses Buch beginnt in Moll, aber es endet in Zuversicht.

## »Die Menschen draußen im Land«

Voilà, da ist es, das ganze große Bild vom Bürger in einem Satz: Politiker machen Politik für »die Menschen draußen im Land«, weshalb diese in kaum einer Rede unerwähnt bleiben. Sie sind Ausgangs- und Endpunkt aller politischen Arbeit, was Spöttern den Schluss nahelegt, dass die, die sie tun, sich im Kreis drehen, immerfort herum um die »Menschen draußen im Land«.

So wie jeder aufrechte Gaullist »la France profonde«, die Tiefe Frankreichs, die Provinz, für das einzig wahre Frankreich hält, so haben auch viele deutsche Politiker eine solche Idee von ihrem Land. Weniger pathetisch, gewiss, aber eben doch eine Idee. »La France profonde«, das sind für deutsche Politiker »die Menschen draußen im Land«.

Aber wer sind die? Und wo ist eigentlich »draußen«? Zunächst sind die Menschen irgendwie immer zwei: einmal der Einzelne und einmal alle, das Ganze. Natürlich reden Politiker in ihren Heimatwahlkreisen viel mit einzelnen Männern, Frauen, Kindern, die Namen und Gesicht haben und gern von sich erzählen. Wenn sie nach ihrem schönsten Erfolgserlebnis gefragt werden, berichten viele Abgeordnete deshalb davon, wie sie einmal dem Wahlkreisbürger Mustermann bei der Lösung eines ganz persönlichen Problems geholfen haben.

Problem, Einsatz, Lösung, Erfolg, Dank – so hinreißend einfach kann Politik sein. Klar ist aber auch: »Man kann zu noch so vielen Festen gehen, man wird immer nur einem Prozent seiner Wähler begegnen«, wie die inzwischen zur Familienministerin aufgestiegene Jungpolitikerin Kristina Köhler, jetzt Schröder, dem Journalisten Thomas Leif vom Südwestrundfunk einmal erzählte. Und das bedeutet: Wenn sie politisch-strategisch arbeiten, zum Beispiel Gesetze

machen, haben Politiker »die Menschen« im Blick, hilfsweise »die Leute«, »das Ganze« oder »das Land«. Das ist in Wahrheit stets nur ein anderes Wort für Gesellschaft, welche als Begriff aber ziemlich aus der Mode gekommen ist. »Die Menschen«, das ist in der Praxis zwar genauso weit weg wie Gesellschaft. Aber »die Menschen« oder in der Steigerung »nah bei den Menschen« (u. a. Kurt Beck) - das klingt einfach bodenständig und irgendwie besser. Und das wiederum ist wichtig für Politiker.

Wer sind nun »die Menschen«? Laut Statistischem Bundesamt finden sie sich tatsächlich draußen im Land: In Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern leben nur 16 Prozent aller Menschen in Deutschland, 60 Prozent jedoch in Kommunen mit weniger als 50 000 Einwohnern. Also in der Provinz. Weshalb es in einer Hinsicht übrigens vollkommen egal war, ob die Bundesregierung nach Berlin gezogen ist oder nicht: In dieser schillernden Metropole (oder gar im Parlamentsviertel) findet sich nicht viel vom realen Leben der Mehrheitsdeutschen, das die Berlin-Befürworter glaubten, als problemgesättigte Folie für ihre Politik zu brauchen.

Bei den Deutschen draußen im Land klingelt der Wecker um 6.18 Uhr, und jeder Zweite dreht sich noch einmal um. Die Menschen draußen im Land sitzen im Schnitt 13 Stunden pro Woche vor dem Fernseher, nur ein Drittel dieser Zeit widmen sie einem Buch oder der Zeitung. Täglich verbrauchen sie 126 Liter Wasser. Die Männer heiraten mit 33, werden 77 und sprechen 16 000 Wörter pro Tag. Die Frauen heiraten mit 30 und werden 82. Sie kriegen ihr erstes Kind mit 31 und steigen 3796 Kilometer Treppen in ihrem Leben. Insgesamt verbraucht jeder, bis er stirbt, sieben Fernseher und zwölf PC. Die Deutschen verdienen im Durchschnitt 3000 Euro pro Monat (Vollzeitangestellte). 68 Prozent brauchen weniger als eine halbe Stunde zur Arbeit. Sie haben im Durchschnitt ein Kind, 42 Quadratmeter pro Kopf zum Wohnen (in Wohnungen), gehen 18 Mal im Jahr

zum Arzt, telefonieren 37 Stunden mit dem Handy, essen 246 Äpfel und haben im Schnitt 138 Mal Sex im Jahr, wenn man diesbezüglichen Umfragen glauben mag. Sie besitzen rechnerisch ein Finanzvermögen von rund 200 000 Euro. Zwei von dreien haben Angst vor Arbeitslosigkeit, Krankheit oder einem schmerzvollen Tod. Neun von zehn sind gesetzlich krankenversichert, annähernd hundert Prozent haben ein Handy, aber nur vier von zehn Abitur. Mehr als vier Fünftel halten sich für diszipliniert und pflichtbewußt, jeder zweite ist übergewichtig, rund 30 Prozent sind in einem Sportverein, derweil die Zahl der Chorsänger schrumpft. So viel aus dem Statistischen Jahrbuch und artverwandter Literatur.

»Politik ist *angewandte Liebe* zum Leben«, schrieb einst Hannah Arendt. Liebe zum Leben der Menschen; nicht nur SPD-Urgestein Franz Müntefering zitiert das gern. Aber Politiker führen naturgemäß ein ganz anderes Leben als die allermeisten der Bürger, die sie regieren, und auch die immer noch stattlichen Mitgliederscharen der eigenen Partei sind für sie keine Orientierungshilfe, weil im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (viel) zu alt, zu männlich, zu gut gebildet, zu einkommensstark – selbst bei den »Volks«-Parteien. Folglich speist sich das Bild des Politikers vom Bürger zu größeren Teilen aus Umfragen, Statistiken sowie aus seinem Bauch und politischem Instinkt. Das mag man beklagen, aber eine realistische Aussicht, es zu ändern, besteht nicht, weshalb alles Jammern darüber wohlfeil ist. Man muss es einfach stehen lassen, wenn CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe am Rande eines Interviews von seiner Partei (und sich) sagt: »Wir wissen, wie die Leute ticken.«

Und weil dieses Bild vom Bürger das eines Durchschnittsdeutschen ist, erklärt sich plötzlich auch, warum fast alle deutschen Parteien auf dem einen oder anderen Weg in die Mitte streben, zum Durchschnitt. Die jeweilige Programmatik, das parteioffizielle Menschenbild

also, sagt in diesem Zusammenhang vor allem etwas über die Ziele der jeweiligen Parteien. Darüber, welche Menschen in jenem Deutschland leben (würden), das sie für das erstrebenswerte halten. Über die Basis ihrer alltäglichen Arbeit dagegen sagt es nichts. Denn diese Basis sind die Menschen, die tatsächlich in Deutschland leben. Ein anderes Volk ist leider gerade nicht am Lager. Kurzum: Diese »Menschen draußen im Land« sind es also, die gewonnen, gezähmt oder umschmeichelt, beruhigt, angespornt oder gebremst werden müssen. Und das besonders in der Mitte, denn dort werden Wahlen in Deutschland nach wie vor gewonnen und verloren: Die großen politischen Wachwechsel in der Nachkriegszeit vollzogen sich, wenn ein politisches Lager dem anderen diese Mitte abgejagt hatte oder diese frustriert der Wahl fernblieb. Natürlich sehen die allermeisten Politiker, dass die Mitte schrumpft und zudem ein längst nicht mehr so sicher zu ortender Raum ist wie vor einigen Jahrzehnten noch. Nach ökonomischen Kriterien umfasste die Mitte der Gesellschaft in den 80er Jahren rund zwei Drittel der Bevölkerung; heute sind es noch gut 50 Prozent, sagen Soziologen.

Wenn also zum Beispiel die CDU die Mitte definiert als jene Bürger, »die zur Arbeit gehen, Steuern zahlen, Kinder erziehen«, dann schrumpft sie in dem Maße, wie die Zahl der Rentner wächst oder die Zahl der Mehrkindfamilien mit Trauschein abnimmt. Wenn die SPD wiederum bei ihren zentralen Begriffen Emanzipation und Partizipation stehen bleibt, wird ihr die Globalisierung zeigen, dass die älteste Partei Deutschlands inzwischen fast ein halbes Jahrhundert gedanklich hinterherhinkt. Und genau diese Globalisierung zieht auch dem offiziell viel individuelleren Menschenbild bei FDP und Grünen die Grenzen, weil immer mehr Bürger wieder stärkeren Zusammenhalt in der Gesellschaft wollen, statt als Einzelne dem fortwährenden Modernisierungsdruck standhalten zu müssen.